

BUCHBESPRECHUNGEN / BOOK REVIEWS

Patricia Graf / Thomas Stehnen (Hrsg.)

Lateinamerika. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

Festschrift für Andreas Boeckh

Baden-Baden 2008, 244 S., 45,00 EUR; ISBN 978-3-8329-3432-3

2008 wurde der Politikwissenschaftler *Andreas Boeckh* an der Universität Tübingen emeritiert, wo er einen der ganz wenigen Lehrstühle einnahm, die sich in seinem Fach speziell mit Lateinamerika beschäftigen. Die war ein Anlass für Schüler, Kollegen und Freunde des Wissenschaftlers, eine Festschrift vorzulegen.

Patricia Graf und *Thomas Stehnen*, denen es zu verdanken ist, dass die Publikation zeitnah veröffentlicht wurde, stellen den Band in der Einleitung in den Kontext der deutschsprachigen Lateinamerikaforschung. Sie weisen darauf hin, dass die Regionalwissenschaften (richtiger: Regionalforschung) stark personenabhängig sind und der Trend in den 1990er Jahren nicht zugunsten Lateinamerikas verlief. Nach einem Aufsatz von *Manfred Mols* „Lateinamerikas Einheit und ihr Trend zum Verfall“, in dem er auf die Vagheit des lateinamerikanischen Integrationsprojektes verweist und der mit einem eher skeptischen Blick auf die Perspektiven der Integration endet, ist der Band in drei Abschnitte gegliedert, in denen die Forschungsinteressen von Boeckh zum Ausdruck kommen.

Staat und Herrschaft bilden den ersten Abschnitt. *Hans-Jürgen Burchardt* stellt neue Fragen an die Demokratieforschung. Im deutschsprachigen Bereich dominiere nach wie vor die Transitionsforschung, zumal im Bertelsmann Transformation Index (BTI) ein universalistischer Begriff der „Marktdemokratie“ vorherrsche. Andere Entwicklungen – wie der neue Populismus und sein teilweise rhetorisches Bekenntnis zu mehr Staat – kämen damit zu kurz. Seine Schlussfolgerung: „Das Verhältnis von Demokratie und Wirtschaft muss neu gedacht werden“ (S. 49). Dem nicht nur in der deutschsprachigen Lateinamerikaforschung sträflich vernachlässigtem Thema der Steuern und Steuerpolitik wendet sich *Christian von Haldenwang* zu. Bekanntermaßen leistet die reiche Oberschicht dort einen sehr geringen Beitrag zur Finanzierung öffentlicher Güter und wenn überhaupt, dann lieber in Form von Spenden oder durch die Errichtung von Stiftungen. Die hohen Wachstumsraten seit 2003 haben bei vielen Regierungen Höhenflüge befördert, statt die Grundlagen für eine nachhaltige Fiskalpolitik zu legen. Auch dieses Thema gewinnt durch die weltwirtschaftliche Entwicklung in der zweiten Hälfte des Jahres 2008 zusätzliche Bedeutung. Von einer gewissen Kühnheit beflügelt scheint auf den ersten Blick der Vergleich zwischen Kolumbien und Burkina Faso zu sein, den *Michael Rösch* unternimmt. Allerdings nehmen beide Staaten auf dem Failed State Index 2007 gemeinsam Rang 33 ein. Die Übereinstimmungen, so der Autor, seien jedoch gering. Nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass nach den Ergebnissen der Einstellungsforschung viele Kolumbianer der Meinung sind, die Lage in ihrem Land

habe sich durchaus verbessert. Seinem Fazit „Ouagadougou ist nicht Bogotá“ (S. 94) wird wahrscheinlich jeder, der sich ernsthaft mit Regionen beschäftigt, zustimmen. *Karl Buck* geht in seinem Artikel auf die strategische Partnerschaft zwischen der EU, Lateinamerika und der Karibik ein und plädiert für eine Verbesserung der Kooperation.

Insgesamt eher skeptisch fallen die vier Beiträge im zweiten Abschnitt zu Wirtschaft und Gesellschaft aus. Im internationalen Vergleich wendet Lateinamerika nur relativ geringe Mittel für Forschung und Entwicklung (F&E) auf. *Hartmut Sangmeister* konstatiert, weite Teile Lateinamerikas in der Weltkarte des technologischen Fortschritts seien weiße Flecken. Nachhaltige Verbesserungen mit Blick auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit sind ausgeblieben. Und die vielfach gelobte Entwicklung im Bereich der Biokraftstoffe in Brasilien? In seiner detail- und kartenreichen Analyse muss *Gerd Kohlhepp* hier zumindest ein Fragezeichen stehen lassen. Die Steigerung der Exporteinnahmen folgt der Logik des transnational vernetzten Agrobusiness, die eigene Regierung wiederum präsentiert Brasilien gerne als „Weltmacht des 21. Jahrhunderts für erneuerbare Energien“. Zukunftsweisend könnte sich die ab ca. 2010 erwartete Herstellung von Biokraftstoffen der zweiten Generation erweisen, erst dann ist wohl ein abschließendes Urteil möglich. Als schlecht wachsende Pflanze hat sich in der Vergangenheit der Ölsegen in Venezuela gezeigt. Die schon 1936 ausgegebene Parole „Das Öl aussäen“ hat nur teilweise funktioniert, gleichzeitig aber hohe Erwartungshaltungen an den Staat und die Politiker gefördert. Chávez' staatszentrierte Ölpolitik erscheint *Heinz G. Preuße* mehr eine Rückkehr zu den durchwachsenen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts zu sein als ein Vorgriff auf eine bessere Sozialpolitik für die Zukunft. *Monica Rubiolo* erkennt durchaus Ansätze zu einem effektiveren Public Financial Management in Nicaragua. Auch in diesem Land und Bereich erfordert es „mehr Transparenz, Effizienz und Effektivität in der öffentlichen Tätigkeit“ (S. 188).

Um Kultur und Gesellschaft geht es im dritten Abschnitt. Ohne Zweifel zählt der Populismus in vielen Ländern zur politischen Kultur. *Friedrich Welsch* und *Héctor Briceño* zeigen am Beispiel Venezuelas u.a. mit Hilfe der Ergebnisse empirischer Einstellungsforschung, dass die Venezolaner sowohl für den Populismus als auch für die Demokratie eintreten. Die Neigung zum Populismus und die Fixierung auf den Staat vermindern sich mit steigendem Bildungsgrad und Einkommen. Vor diesem Hintergrund wünschen sich die Autoren für den lateinamerikanischen Populismus mehr Demokratie. Und welche Rolle spielen die Eliten in diesem Zusammenhang? Sie stellen ein insgesamt in der internationalen Lateinamerikaforschung stiefmütterlich behandeltes Thema dar. Der in Westeuropa nach 1945 üblich gewordene Begriff der Funktionselite greift zu kurz, da dort der Rechtsstaat in den meisten Gesellschaften auf seine Durchsetzung wartet und der Staat nach wie vor stark von traditionellen Klientelnetzen durchzogen bleibt. Hinzu kommt, dass eine objektive Elitenanalyse in einigen Ländern für die Forscher nicht ganz folgenlos sein kann. Die Unzulänglichkeiten der Politikwissenschaft resultieren nach Ansicht von *H.C.F. Mansilla* nicht zuletzt aus der mangelnden Analyse des kollektiven Selbstverständnisses. Denn „Naivität fast aller Bevölkerungsschichten“, so sein Schlusssatz, „bildet die gemein-

same Grundlage sowohl des korrupten Neoliberalismus als auch des autoritären Neopopulismus“ (S. 214). *Rafael Sevilla* formuliert „Anmerkungen zur Identität und Literatur in Lateinamerika“ mit einem Beispiel aus Chile. *Dana de la Fontaine* analysiert verschiedene Formen der Interaktion zwischen Zivilgesellschaft und sozialen Bewegungen am Beispiel von Guatemala, Brasilien, Bolivien und dem Sonderfall einer populistischen Variante in Venezuela. Es zeichnet sich ein Trend zur „Semi-Institutionalisierung“ von sozialen Bewegungen ab, die mit den traditionellen politischen Eliten eine Koexistenz eingehen.

Die drei Bereiche sind Beispiele für Themen, die sinnvollerweise auch in Zukunft an deutschen Universitäten behandelt werden sollten. Immerhin wächst die spanischsprachige Bevölkerung weltweit, was sich in der Expansion des Cervantes-Instituts in Europa und dem anhaltenden Lateinamerika-Interesse an nordamerikanischen Universitäten manifestiert. Auch in Deutschland haben vor allem Studierende etwa in Passau oder jüngst in Bonn erfolgreiche Initiativen mit Blick auf Latein- und Iberoamerika ins Leben gerufen. An der Universität Tübingen wird in Zukunft die entsprechende institutionelle Anbindung fehlen: Nach Mainz, Heidelberg und Augsburg wurde auch dort die vakant gewordene Professur nicht mehr mit einem Lateinamerika-Experten besetzt.

Nikolaus Werz, Rostock

Stefan Kadelbach / Parinas Parhisi (Hrsg.)

Die Freiheit der Religion im europäischen Verfassungsrecht

Schriften zur europäischen Integration und Internationalen Wirtschaftsordnung, Bd. 9

Baden-Baden, Nomos-Verlagsgesellschaft, 2007, 194 S., 39,00 EUR;

ISBN 978-3-8329-2947-3

Um die Freiheit der Religion ist es in den Staaten und Gesellschaften, denen das Interesse dieser Zeitschrift gilt, höchst unterschiedlich bestellt. Das gilt aber auch für das Europa der Union und des Europarats. Religion ist den einen Sinn stiftender Halt, andere empfinden seitens der Religion belastende Ingerenz, manchmal seitens des Staates angeleitet. Immer betrifft Religion die höchst persönliche Lebensführung und Entfaltung, auf sie bezogene Freiheit, positiv wie negativ, rührt an Vorstellungen von zu lebender Würde und hat oft zu tun, dann auch praktisch-politisch, mit Meinungsfreiheit. Daher gehört die Freiheit der Religion zu denjenigen Menschenrechten, deren Zustand im jeweiligen Staat und deren Verwirklichungsgrad Rückschlüsse auf die Menschenrechtslage im Allgemeinen vermitteln. Nicht selten geht von der Religionsfreiheit Gefährdungspotential für die jeweils Herrschenden aus, manchmal für ganze Systeme.

Sahen wir praktisch gelebte Religionen, aber auch Konfliktlagen einer Auseinandersetzung mit religiösen Ambitionen anderer, im westlichen Europa für längere Zeit eher auf dem Rückzug, im in Sozialismen verfassten Osten ohnehin, so ist dies hier wie dort teils anders geworden, und außerhalb Europas ohnehin anders, gleichermaßen in die Nähe zu